

# POSITIONSPAPIER

## Allgemeines

Dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) zufolge, behauptete Deutschland im Jahr 2019 seinen Platz als weltweit drittgrößter Warenimporteur und Exporteur (7,1 Prozent). 97,1 Prozent der deutschen Exporteure sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU), was die herausragende Rolle des deutschen Mittelstands für die deutsche Wirtschaft bestätigt.

Alle derzeit existierenden EU-Freihandelsabkommen eröffnen neue Geschäftsmöglichkeiten für KMU und bieten zahlreiche Vorteile, wie den Zugang zu Märkten, die bisher kaum erreichbar waren, den Abbau von Handelshemmnissen und als Folge den einfachen Austausch von Waren und Dienstleistungen, sowie den internationalen Transfer von Technologie und Know-how.

Gleichzeitig stellen die kompliziert gestalteten Freihandelsabkommen und daraus folgende bürokratische Hürden große Herausforderungen für kleine und mittlere Unternehmen dar, die im Vergleich zu großen Konzernen über wenige Ressourcen verfügen.

Der BVMW unterstützt die Freihandelsabkommen, setzt sich aber für die Berücksichtigung mittelständischer Interessen bei dem Abschluss zukünftiger Handelsabkommen ein.

## Kernforderungen des Mittelstands

- KMU-Vertreter einbinden
- Bürokratielasten abbauen
- Regeln einfacher und einheitlich gestalten
- Zugang zu den Fördermitteln und Ausschreibungen verbessern
- Handelsbeziehungen entpolitisieren

## KMU-Vertreter einbinden

Die Freihandelsabkommen eröffnen zahlreiche Chancen für die Unternehmen, sind aber ohne Zweifel in erster Linie für international aufgestellte Großkonzerne von Vorteil. Fehlende Expertise über EU-Gesetzgebungsverfahren und geringere Ressourcen im Vergleich zu Großunternehmen sind nur zwei von vielen Gründen, weshalb KMU weniger Vorteile von Freihandelsabkommen haben, als Konzerne.

Der BVMW fordert diesbezüglich die Prüfung aller künftigen Abkommen auf die Auswirkung für KMU. Der Mittelstand soll über seinen Verband konstant in die Sondierungs- und Gesetzgebungsprozesse einbezogen werden.

Auch sollte der Mittelstand gleichberechtigter bei den EU-Konsultationen zu Außenhandels-Themen berücksichtigt werden: es kann nicht sein, dass einige wenige Großunternehmen mehrere Stellungnahmen abgeben können, da sie die Studienabteilungen dafür haben, und diese als gleichwertig

mit der einzelnen Stellungnahme z.B. eines KMU-Verbandes oder eines Unternehmens in den Entscheidungsprozess einfließen. Das führt letztlich zu einer verzerrten Wahrnehmung der Realität, die mehr und mehr von gut gerüsteten Großunternehmen gezeichnet wird, während die Wahrnehmung von Millionen von Mittelständlern nur einen Bruchteil der angeblichen „Fakten“ ausmachen. Hier müssen die Stellungnahmen von Mittelstandsverbänden auf nationaler und EU-Ebene auf deren Marktdimension „hochgerechnet“ werden, um ein annähernd realistisches Bild zu bekommen. Das schließt die verarbeitenden Industrien, Zwischen- und Endhändler von importierten Waren ein, wie auch Zulieferer und Transportfirmen beim Export. Das wäre ein konkretes „Think Small First“ Prinzip im Rahmen der EU-Konsultationen, wofür sich auch die Bundesregierung einsetzen sollte.

## Bürokratielasten abbauen

Die hohen Kosten durch Bürokratie gehören zu den wichtigsten Faktoren, welche den deutschen Mittelstand von der Nutzung der Freihandelsabkommen abhalten. Der BVMW fordert Schwellen- und Freigrenzen für kleinere Investitionssummen und Handelsumsätze mit dem Ziel der unbürokratischen und praxisnahen Anwendung von internationalen Handelsabkommen für KMU.

Der BVMW unterstreicht die wichtige Rolle der Welthandelsorganisation (WTO) als einziger internationalen Organisation, die weltweit anerkannte Rahmenbestimmungen zum internationalen Handel regelt und begrüßt das Inkrafttreten von WTO-Übereinkommen über Handelserleichterungen (Trade Facilitation Agreement (TFA)), dessen Ziel die Vereinfachung von internationalen Import- und Exportregelungen sowie Zollformalitäten und Transitbestimmungen ist. Zudem begrüßt der Bundesverband das von der WTO-Arbeitsgruppe für KMU verabschiedete Paket mit sechs Empfehlungen und Erklärungen, welches die Transparenz, der Informationsaustausch, der Zugang zu Finanzmittel und andere wichtige Themen abdeckt. Der BVMW setzt sich aber auch für eine Stärkung der KMU im internationalen Handel ein und weist auf die Verpflichtung der WTO, die Belange von KMUs zu berücksichtigen, hin.

Bei der Exportkontrolle sollten unnötige, identische Doppelprüfungen durch BAFA und Zoll wegfallen, um Zeit und Kosten zu sparen.

Ferner ist ein Belastungsmoratorium zur Vermeidung zusätzlicher Bürokratielasten notwendig. Ein Lieferkettengesetz sollte daher angelehnt an die französische Regelung lediglich für Unternehmen ab einem Schwellenwert von 5.000 bis 10.000 Mitarbeitern gelten und darf sich ausschließlich auf die erste Ebene („Tier-1“) der Vorlieferanten beschränken. Die zivilrechtliche Haftung ist dabei ebenso abzulehnen und durch eine verhältnismäßige Bußgeldregelung zu ersetzen. Um Verzerrungen im europäischen Binnenmarkt vorzubeugen ist eine europäische Regelung einem nationalen Gesetz vorzuziehen.

## Regeln einfacher und einheitlich gestalten

Internationale Freihandelsabkommen enthalten unterschiedliche und aufwendige Regeln, technische Vorschriften und Zollverfahren, die eine große Herausforderung für KMU darstellen. Dem deutschen Mittelstand fehlen oftmals die nötigen Expertisen, Ressourcen und Personal, um alle Formalitäten zu erfüllen. Der BVMW begrüßt die Einrichtung des Online-Portals der EU-Kommission [„Access2Markets“](#) ,

welcher grundsätzliche Informationen und praxisnahe Hinweise zur Anwendung der Handelsabkommen gibt, setzt sich aber für die Vereinfachung, Einheitlichkeit und Harmonisierung von Regeln, Zollformalitäten, Zertifizierungsvorschriften und Verpackungs- und Kennzeichnungsvorschriften für KMU ein.

Der BVMW unterstreicht insbesondere die Wichtigkeit von einheitlichen technischen Standards in Handelsabkommen sowie ihre gegenseitige Anerkennung und führt hier als Beispiel die Regionale umfassende Wirtschaftspartnerschaft (Regional Comprehensive Economic Partnership – RCEP) an. Das Abkommen sieht die Einhaltung der Vorschriften des im Rahmen der WTO verhandelten multilateralen Abkommens über technische Handelshemmnisse (TBT) vor. Zusätzlich sind für die Transparenz bei der Einführung neuer technischer Vorschriften entsprechende Kontaktstellen in den Vertragsländern einzurichten.

## Zugang zu den Fördermitteln und Ausschreibungen verbessern

Der BVMW fordert den leichteren Zugang zu Fördermitteln, Forschungs- und Entwicklungsprogrammen, sowie nicht-diskriminierende Beteiligung an Ausschreibungen für kleine und mittlere Unternehmen. Zusätzlich sollen die KMU einen einfacheren Zugang zu staatlichen Krediten zur Förderung des internationalen Geschäfts erhalten.

## Handelsbeziehungen entpolitisieren

Wirtschaftssanktionen sind, insbesondere in den vergangenen Jahren, zu einem geläufigen Instrument der internationalen Politik geworden. Diese führen zur Unterbrechung der Handelsbeziehungen zwischen Staaten, nicht aber zu den politisch erwünschten Ergebnissen. Besonders stark sind von den Sanktionen die mittelständischen Im- und Exportunternehmen betroffen. Die aufwändigen Vorschriften zu Exportkontrollen, Embargos und Wirtschaftssanktionen stellen für sie große Herausforderungen dar. KMU müssen laufend sicherstellen, dass Ihre Exportsendungen die nationalen und ausländischen Vorschriften für Exportkontrollen und Sanktionen erfüllen.

Der Bundesverband drängt die Politik, politische Auseinandersetzungen nicht mit Wirtschaftssanktionen zu beantworten. Der BVMW fordert die Vereinfachung von Regeln und Vorschriften bei bestehenden Sanktionen, damit die KMU diese ohne großes Studium verstehen können. Bei Unklarheiten sollen die Unternehmen von diesen Regeln nicht betroffen sein.

## **Ansprechpartner**

Reinhold von Ungern-Sternberg  
Geschäftsbereichsleiter Außenwirtschaft Russland, Zentralasien, Osteuropa  
Tel.: +49 30 533206-132  
E-Mail: [reinhold.ungern@bvmw.de](mailto:reinhold.ungern@bvmw.de)

**Der BVMW vertritt im Rahmen seiner Mittelstandsallianz die Interessen von über 900.000 Mitgliedern. Mit 340 regionalen Geschäftsstellen und Repräsentanzen in 65 Ländern organisiert er mehr als 2.000 Veranstaltungen pro Jahr.**